

# Was wir wollen...

## Interview mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises, Genossen Dr. Lothar Becker

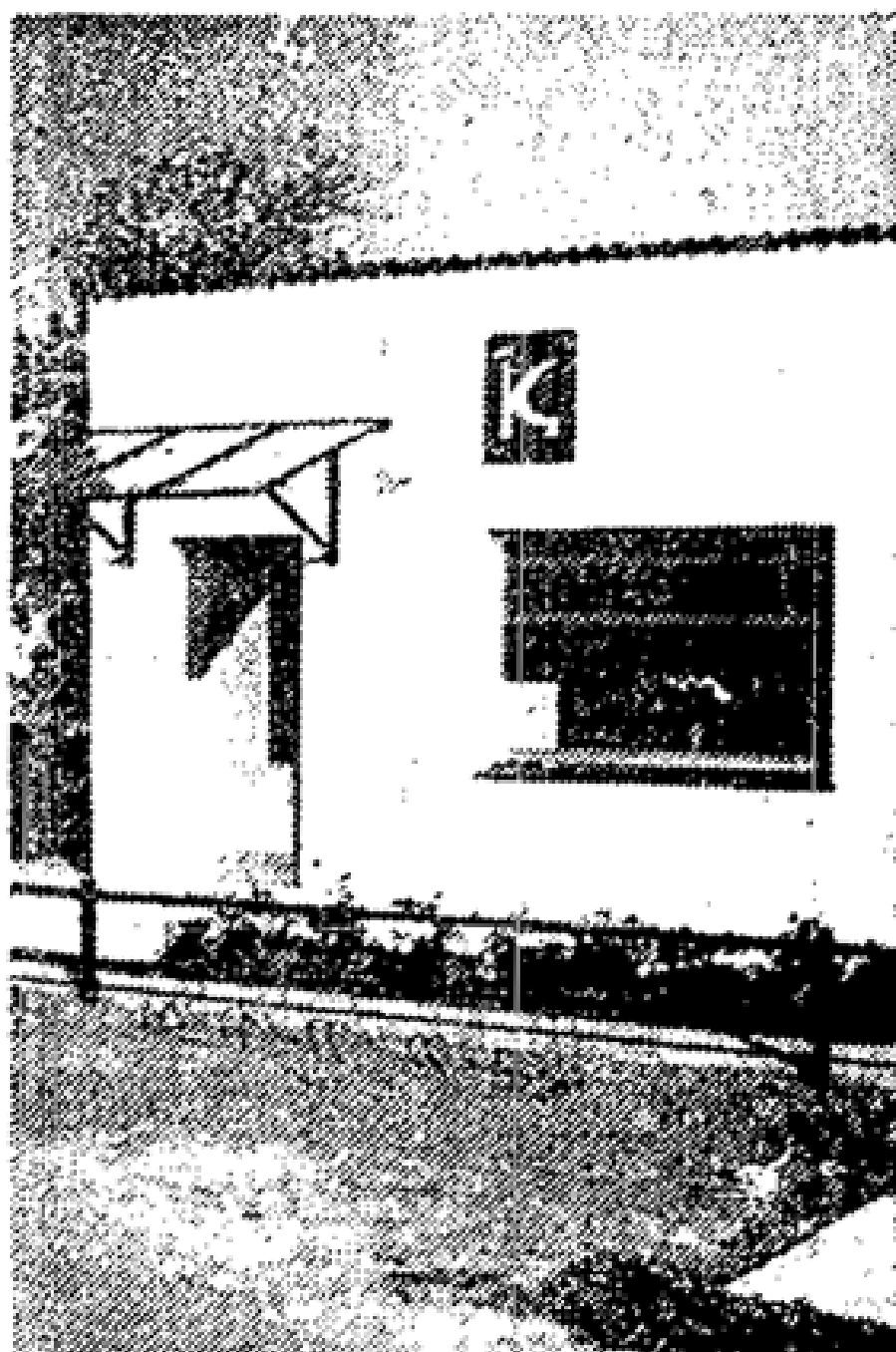
Genosse Vorsitzender, der Rat des Kreises hat sich am Mittwoch in einer Grundsatzdebatte zur gegenwärtigen Lage verständigt. Welchen Inhalt hatte sie?

Wir haben uns, ausgehend von den in vielen Gesprächen, Dialogrunden und schriftlich vorliegenden Vorschlägen der Bürger, dahingehend verständigt, daß wir für Erneuerung, für die Wende sind. Das Bekenntnis allein ist aber nicht ausreichend, deshalb berieten wir sehr eingehend, wie diese Wende zu vollziehen ist. Grundlage dafür bildeten die zahlreichen Vorschläge, Hinweise und Kritiken der Bürger, die gegenüber ihren Abgeordneten geäußert und in aller Öffentlichkeit vorgebracht wurden.

Dabei gehen wir davon aus, daß alle Bürger, die aus ehrlicher Sorge um die weitere Entwicklung unserer Republik und des Sozialismus ihre Gedanken äußerten und äußern, mithelfen werden, diese Wende durch ihre Tat zu bewirken.

Mit welchen Maßnahmen wird sich der Rat diesen neuen Anforderungen stellen?

Dazu möchte ich feststellen, daß



Im Oktober wurde in Drahendorf eine neue Verkaufsstelle übergeben.

wir mit der Arbeit begonnen haben, ohne auf eine Weisung von oben zu warten, aber auch, ohne auf Bewährtes zu verzichten.

Uns geht es sowohl um die von uns zu verantwortenden Sofortmaßnahmen als auch um Aufgaben, die langfristig zu bewältigen sind.

### Und welche sind das?

Der Rat des Kreises erarbeitete sich zu folgenden Positionen einen Standpunkt, den er, zunehmend auch vom Umdenken und mit der Kraft aller Mitarbeiter des Rates des Kreises getragen, verwirklichen wird:

1. Der Verwaltungsapparat wird schrittweise bis zu 20 Prozent reduziert.

2. Delegation von Mitarbeitern des Rates des Kreises – in einem zeitlichen Wechsel begrenzt – entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation in Schwerpunktbereiche ab 13. November 1989.

3. Zur effektiveren Auslastung der Arbeitszeit legte der Rat fest, daß alle Veranstaltungen der Partei und der Massenorganisationen des Rates des Kreises grundsätzlich wieder außerhalb der Arbeitszeit stattfinden.

4. Erweiterung der Sprechzeiten z. B. nach Fachbereichen donnerstags von 16.00 bis 18.00 Uhr. Die jeweiligen Fachbereiche werden in der Presse bekanntgegeben. Weitere Sprechzeitenregelungen werden im Interesse der Bürger festgelegt.

Soweit einige den Rat des Kreises betreffende Sofortmaßnahmen.

Es ging doch aber auch um Veränderungen der Arbeitsweise des Kreistages...

Das ist richtig, liegt aber in der Entscheidung der gewählten Abgeordneten. Als Rat des Kreises befürworten wir die Einberufung eines außerordentlichen Kreistages, der, ausgehend von den vorliegenden Vorschlägen und Hinweisen, die vom Rat vorzulegende Arbeitsrichtung in einer freimütigen Aussprache aller Abgeordneten auslotet und mit den sicher notwendigen Veränderungen beschließt. Ziel muß sein, die Wirksamkeit der ständigen Kommissionen auch durch ihre Verstärkung mit weiteren sachkundigen Bürgern – in den Gesprächen haben sich viele angeboten – sowie

die Bildung zeitweiliger Arbeitsgruppen des Kreistages zur Lösung von Schwerpunktproblemen zu erhöhen und qualitativ weiterzuentwickeln.

Das betrifft z. B. die sachkundige und langfristige Vorbereitung des Planes 1990, für den die Abgeordneten rechtzeitig überschaubare Informationen erhalten müssen, um sie auch in die Lage zu versetzen, sachkundig zu entscheiden.

Ist das so ohne weiteres machbar?

Natürlich sind dazu auch zentrale Entscheidungen dringend notwendig. Zu ihrer Vorbereitung hat der Rat des Kreises, ausgehend von den bisherigen Gesprächen mit den Bürgern, seine Vorschläge an die bezirklichen und zentralen Organe weitergeleitet. Wir sind uns im klaren darüber, daß weitere Probleme auftreten werden, die wir selbst, aber auch die übergeordneten Organe zu einer schnellen Entscheidung führen müssen. Dabei gehen wir natürlich als Realisten auch davon aus, daß sich nicht über Nacht alles ändern läßt.

Gibt es noch weitergehende Festlegungen als die bereits angeführten Schlußfolgerungen zum demokratischen Mitentscheidungsrecht der Bürger?

Als sehr wesentlich hält der Rat die weitere Erhöhung der Eigenverantwortung der Räte der Städte und Gemeinden mit dem Ziel, ihren Entscheidungsspielraum auf der Grundlage des Gesetzes der örtlichen Volksvertretungen zu erweitern. Entsprechende Maßnahmen werden am Montag mit den Bürgermeistern beraten.

Der Rat befaßte sich weiterhin mit einer Reihe aufgeworfener wirtschaftlicher und kommunalpolitischer Fragen. Gestützt auf die Gedanken der Abgeordneten und der Fachleute, sind viele Probleme, wie Umweltschutz, Investitionspolitik, Bauwesen/Umwelt und andere, entschieden tiefer auszuloten, um sie mit der Bevölkerung in verschiedenster Form öffentlich zu beraten und zu einer realen Entscheidung zu führen.

Es fragte Günter Menzel.